

Verantwortl. Redakteur: N. O. Köhler in Stettin. Verleger und Drucker: N. Großmann in Stettin, Kirchplatz 3-4.

Bezugspreis: in Stettin monatlich 50 Pf., in Deutschland 2 Mk. vierteljährlich; durch den Briefträger ins Haus gebracht kostet das Blatt 50 Pf. mehr.

Anzeigen: die Petitzeile oder deren Raum im Morgenblatt 15 Pf., im Abendblatt und Beilagen 30 Pf.

Einnahme von Inseraten Kirchplatz 10 und Kirchplatz 3.

Agenturen in Deutschland: In allen größeren Städten Deutschlands: R. Mosse, Haasenstein & Vogler G. L. Daube, Invalidendank. Berlin Bernh. Arnst, Max Gerstmann. Elberfeld W. Thiemes. Greifswald G. Illies. Halle a. S. Jul. Barch & Co. Hamburg Joh. Nootbaar, A. Steiner, William Wilkens. In Berlin, Hamburg u. Frankfurt a. M. Heinrich. Eistler. Kopenhagen Aug. J. Wolff & Co.

## Abend-Ausgabe.

### Der Bürgerkrieg in Brasilien.

Rio de Janeiro, 21. November.

Kugeln, Granaten, Blut, Tod, Elend, das ist das Menu, welches in meine Berichtsfälle geliefert wurde, und auch für heute müssen meine Leser gleich mit dieser Kost fürlich nehmen. Wir sind noch keinen Schritt weiter in der Revolution, sie ist nachgerade eine chronische Krankheit geworden, deren Ende nicht abzusehen ist. Am 11. ds. veröffentlichte die englische Gesandtschaft eine Bekanntmachung, die mitteilt, daß alle ein- oder auszuwandernden Handelswaren nicht nur an Bord, sondern auch in den Kuchern der Schiffe gestellt werden. Es hat über zwei Monate gedauert, bis auf diese Weise fremdes Eigentum geschützt wurde.

Der Kampf der Fregatten gegen Villezaigon findet mit großer oder kleineren Pausen täglich statt, ohne daß bis jetzt von irgendwelchen größeren Vorteilen die Rede sein konnte. Villezaigon antwortet hier und da und entschädigt sich besonders dadurch, daß es auf die Stadt mit Flinten und Revolverkugeln schießt und uns auch zur Abwechslung von Zeit zu Zeit einige Granaten zukommen läßt. Nachts werden die Lier, besonders bei Gloria und dem Arsenal, von einigen Dampfmaschinen aus mit Schnellfeuerkanonen beschossen, worauf die Regierungstruppen mit sortwährenden, gewiß wenig Schaden anrichtenden Geschüssen antworten. Das ist das tägliche Programm, in dem wenig oder gar keine Veränderung eintritt. Am 14. verbreitete sich die Nachricht, daß ein Vertrag zwischen Mello und dem Kommandanten und Direktor der „Gloia Naval“ Sabanha da Game zu Stande gekommen sei, wonach die Revolution in die Wiedererrichtung der Monarchie zum Zwecke haben sollte. Der folgende Tag aber war der vierte Jahrestag der Republik, und Mello's Schiffe prangen in feierlichem Klagenschmuck, ein Zeichen, daß jenes Gerücht vorläufig wenigstens nicht gerechtfertigt ist. Sabanha da Game, der begeisterteste Anhänger der Monarchie, lebte bis jetzt in volliger Neutralität und die Ereignisse abwartend in seinem südpazifischen Königreich, der Robra-Insel. Seine Flotte besteht aus dem Kreuzer „Albatroz“, der am 16. nicht schlugte. Dieses Schiff ist seit einigen Tagen kriegsgerüstet und hält die meisten vorübergehenden Boote, mit Ausnahme der Schulluppen der Kriegsschiffe, zur Inspektion an. Die Robra-Insel ist auch besetzt und die dort wohnenden Familien haben Befehl erhalten, ihre Wohnungen zu verlassen. Bis heute fehlt jedoch noch auf der Insel die weiße Flagge, die alle Mello ergebene Schiffe und die Besatzung Villezaigon führen. Sabanhas Einfluß ist besonders bei der Flotte groß und der Admiral ist persönlich sehr beliebt. Er unterstützte bis jetzt Mello insofern, als er dessen Verwundete pflegte und ihm die Geheuliten wieder zuschickte. Lieberhaupt ergreifen alle mit der Republik sympathisierenden die Gelegenheit, sich der Bewegung mehr oder weniger anzuschließen, ohne ihre Einzelinteressen aus dem Auge zu lassen, wodurch ein gemeinsames, geordnetes Vorgehen ganz ausgeschlossen ist. Dagegen macht sich auch der Einfluß des Vizepräsidenten immer mehr geltend, und sein ruhiges, feines Verhalten gewinnt ihm von Tag zu Tag mehr Anhänger, sodas viele, die im Anfang den Ereignissen ruhig zusahen, sich jetzt offen zu Floriano bekennen.

Am Morgen des 16. durchsuchten fünfzehn Dampfschiffe der fremden Geschwader, von einem italienischen Kreuzer begleitet, die Bai nach Minen. Die Regierung hatte fürsorglich den Kommandanten der Kriegsschiffe mitgeteilt, man würde die russischen Schiffe gefolgt haben und daß dadurch die fremden Schiffe in Gefahr gerieten könnten. Das Ganze klingt außerordentlich unwahrscheinlich, und es wurde mir sowohl von deutscher als von englischer Seite versichert, daß die Minen ohne Zweifel von der Regierung selbst gegen Mello's Schiffe gelegt worden, aus einem oder dem andern Grunde jedoch ihren Zweck verfehlt und wahrscheinlich abgetrieben seien. Nun habe die Regierung Angst bekommen und das fremde Geschwader benachrichtigt, indem sie natürlich alle Schuld auf die Russen schiebt. Die Suche dauerte von 7 bis 10 Uhr Morgens, doch wurde nichts Verdächtiges angetroffen.

Am 17. setzten die Russen die beiden Schiffe des Kommandanten „Miranda“ auf, an dem schon über zehn Jahre „gebaut“ wird, und machten am 19. die ersten Versuche mit der neuen Schraube, wodurch jedoch nur eine Geschwindigkeit von höchstens 4 bis 5 Knoten erreicht wurde. Der „Zavary“, ein flaches Turmschiff mit sehr schweren Geschützen, hat auch seinen Schlot aufgesetzt, doch soll bis jetzt die Schraube fehlen und die sehr mangelhafte Maschine soll nur zur Bewegung der Turme benützt werden.

Der heutige Tag war wieder ungewöhnlich unruhig. Man kann sagen, daß sich die ganze Macht der Aufständischen im Gedenke beband, während sonst immer die meisten Schiffe mehr oder weniger unthätig dem Kriegsschauplatz zusehen. Schon um 8 Uhr begann der „Tajano“ und „Guanabara“ mit, röhren zu beschließen, der „Lisbon“ und „Zavary“ feierten gegen das Quaraonab-Fort und Villezaigon nahm den Kampf mit den Fregatten der Barte auf. Die Dampfer der Co. Trigorifica und des Lloyd Braziliere sowie der „Amandare“ stimmten in das allgemeine Konzert ein und beschossen von Moacang aus Nictheroy und besonders die besetzte Ponta da Areo. Von beiden Ufern antworteten alle Festungen und Batterien, sogar die dem Strand bewagenden Soldaten feuerten im Eifer wirkungslos Geschüsse ab. Kurz nach Mittag sah man ein kleines Boot, in dem sich ein einzelner Matrose befand, vom „Zavary“ nach Villezaigon fahren, das er trotz eines wahren Hagels von Geschüssen erreichte. Der Mann verweilte etwa eine Stunde in der Festung und kehrte trotz des geradezu ungläublichen Augenregens unverletzt zum „Zavary“ zurück. Es war eine tollkühne That, die erwähnt zu werden verdient, besonders da das Regierungsschiff „Paiz“ sich alle Mühe gab, sie zu verkleinern, da die Regierungselite beliebt zu werden wollte, daß sich unter Mello's Leuten tapfere Soldaten befinden. Nach meiner Erfahrung ist das gerade Gegenteil der Fall. Die Marine besteht hauptsächlich aus Neger-Abkömmlingen und besonders aus Caboclos, d. h. Negermischerlingen, die bei der letzten Jahre besonders zeigen große Tapferkeit und wahre Todesverachtung. Sie führen

jeden Befehl aus, sehen sie jedoch nur einmal einen Vorgesetzten sich feig benehmen, so ist es mit dem Gehorsam und der Achtung für immer vorbei. Das Vorgehen dagegen zeigt sich aus den wunderlichsten Elementen zusammen, da marschieren halbe Kinder von 14 bis 16 Jahren neben Erwachsenen und Gefesseln noch schwächeren Art, sodas man wirklich oft erstaunt ist über den Leichtsin, solchen Leuten Waffen anzuvertrauen. Den besten Eindruck machen noch die Schüler der Militärschule, aber auch sie sind noch weit entfernt von dem, was wir in Europa unter Soldaten verstehen. Man kann jetzt hier nicht mehr durch gewisse Straßen gehen, ohne fortwährend von Soldaten angebellt zu werden, und giebt man nichts, so folgt man sich der Gefahr aus, daß das Gewehr des einen oder des anderen Vaterlandsverteidigers zufällig losgeht. Die Patrone der Mannlichergewehre werden, nachdem sie vorher entleert und das Pulver, wie ich selbst öfters gesehen habe, zu Spielereien vergeudet worden, zum Preise von 20 Reis liberal von den Soldaten angeboten. Und das alles geschieht ganz öffentlich, ohne daß ich bisher von irgendwelcher Besorgung, geschweige denn strengen Maßregeln gehört hätte. Spricht man mit einem gebildeten Brasilier über derartige Vorgänge, so ist er sehr erstaunt, daß einem so etwas auffällt, und giebt im besten Falle die beruhmte oder vielmehr berüchtigte Antwort: „Paciencia!“ Bei solchen Zuständen darf man sich freilich nicht so sehr darüber wundern, daß die Revolution immer noch andauert, also — „Paciencia!“ (Röln. Ztg.)

### Deutschland.

Berlin, 20. Dezember.

Fehr. v. Mantuffel, der sich seit dem Dezember 1891 aus einem Freunde des deutsch-österreichischen Handelsvertrags in einen Gegner desselben verwandelt hat, machte in der Reichstagsdebatte vom 14. Dezember darauf aufmerksam, daß gegen 99 Prozent sämtlicher Landwirthe auf seiner Seite stehen und das unterschreiben, was ich gesagt habe.“ Demgegenüber wird in der „Nö. Ztg.“ festgestellt, daß nicht einmal 99 Prozent der dem Reichstage angehörigen Landwirthe auf Seiten des Fehrs von Mantuffel stehen. Unter den 189 Abgeordneten, die für den rumanischen Handelsvertrag gestimmt haben, befinden sich fünfzig Landwirthe, darunter die Großgrundbesitzer Büsch zu Fürstenberg, Büsch Ferdinand Radzivil, Prinz Carolath, ferner dreißig Rittergutsbesitzer und elf Abgeordnete, die als Bauern, Landwirthe, Hofwirthe angeführt sind. — Betreffs des Jesuitenordens erinnert die „Vösl. Ztg.“ daran, daß die sämtlichen katholischen Abgeordneten der Reichstagsdebatte, darunter der Abgeordnete A. Reichensperger, die damaligen Bischöfe von Breslau und Mainz, am 24. August 1848 durch den General v. Radovitz eine Erklärung abgaben, in der es heißt: „Der Jesuitenorden war im 16. Jahrhundert eine Zustilfe, um augenblicklichen Bedürfnissen der katholischen Kirche zu genügen, aber jetzt besteht für Deutschland ein solches Bedürfnis in keiner Weise. Der deutsche Episkopat, der deutsche Klerus bedürfen solcher Hilfe nicht, um ihre Aufgabe zu erfüllen. Die deutsche Wissenschaft bedarf keiner Unterstützung solcher Art. Der Nutzen, den man sich aus dem Jesuitenorden für die katholische Kirche Deutschlands versprechen könnte, würde in gar keinem Verhältnis zu den vielen Störungen und Gefahren stehen, welche seine Gegenwart hervorgerufen hätte.“

Wie kläglich, wie geradezu jämmerlich an manchen Orten die Volksschullehrer bedingt werden, zeigt folgende Meldung der „Nö. Ztg.“: „Das die Erhöhung des Gehalts der Nebenlehrer zweiter Klasse, die auf der Geest 195 Mk. (Hilfslehrer sogar nur 165 Mk. frei) beziehen, jedenfalls erhöht werden muß, beweist die Thatfache, daß einige Wägen im Dezember jährlich 240 Mk. erhalten, wo noch kleinere Nebenleistungen hinzutreten. Also nicht allein die Knechte, sondern auch die Wägen verdienen in jetziger Zeit bedeutend mehr Geld, als ein Nebenlehrer zweiter Klasse auf der Geest. Solchen wirklichen Thatfachen gegenüber ist doch anzunehmen, daß die Regierung sich wegen der Erhöhung des Gehalts der Nebenlehrer zweiter Klasse nicht ablehnend verhalten kann.“

Man wird gewiß auch den Knechten und Wägen ihren Lohn gern gönnen, aber wenn ein Lehrer schlechter bedient wird als die dienende Klasse, so ist die Folge, daß er auch geringer bezahlt wird. Das ist nicht gut, weder für die Lehrer, noch für die Volksschule überhaupt. — Die „Kreuz-Ztg.“ hatte, da die Segner der Handelsverträge im jetzigen Reichstage unterlegen waren, einzelne Mitglieder früherer Reichstage als gefällige Eideswähler aufmarschieren lassen. Auch Graf Valsecchi, dessen konservative Meinungen ja nicht unbekannt sind, war darunter. Aber trotz seiner konservativen Meinungen fühlt sich Graf Valsecchi unter den Gegnern der Handelsverträge nicht wohl. Er besitz sich deshalb, in der „Schles. Volksz.“ in einem aus Plawnowitz, 17. Dezember, datirten Schreiben zu erklären:

„In einem Artikel, benannt „Das Zentrum und die Handelsverträge“, schreibt die „Nö. Ztg.“ in ihrer Nr. 589 vom 16. d. M., es sei anzunehmen, daß auch Graf Valsecchi hinter den jenseitigen schlesischen Abgeordneten stehe, welche gegen den rumanischen Handelsvertrag gestimmt haben. Diese Annahme ist irrthümlich; wenn ich noch dem Reichstage angehört, würde ich für den rumanischen Handelsvertrag gestimmt haben; ich hätte dieses gethan, weil ich in der Ablehnung dieses Vertrages einen großen Nachtheil für die oberclassische Industrie und die in derselben beschäftigten Arbeiter, dagegen keinen besonderen Vortheil für die schlesische Landwirtschaft gesehen hätte.“

Wir fürchten, daß nun die Autorität des schlesischen Grafen, die schon beim Zentrum Schicksal gelitten hat, nun auch bei der „Kreuzz.“ bedenklich sinken wird. — Die Zeitung des russischen Finanzministers bringt wie alljährlich im Dezember auch in diesem Jahre eine ausführliche Aufstellung über den voranschreitenden Umfang der Getreide-Ein- und Ausfuhr in den für den Weltmarkt wichtigsten Ländern während des laufenden Getreidejahres. Diese Aufstellungen pflegen auf den meisten Gebieten mit großer Sorgfalt und Sachkunde ausgeworfen zu sein; ihr Verfasser hat auch in den letzten Jahren namentlich mit seiner Schätzung des Umfangs der russischen Weizenausfuhr bemerkens-

würthe Erfolge erzielt, er verdient aber den Vorwurf, daß er mit der Statistik nicht viel Federlesens macht, wenn es ihm darauf ankommt, die Ergebnisse seiner Ermittlungen dem Gange der hohen Politik anzupassen.

So pflegt er den Roggenbedarf Deutschlands stark zu überschätzen. Für das letztverlossene Getreidejahr (1892-93) hatte er die deutsche Roggenexporte um 861.000 Tonne zu niedrig und den Bedarf Deutschlands an fremdem Roggen um 472.000 Tonne zu hoch veranschlagt; betraachtet man ja die russische Presse angelegentlich bemüht, der Nachweis zu liefern, daß Deutschland den russischen Roggen nicht entbehren könne. So am scheint in der jetzt vorliegenden Aufstellung das Verfahren bei der Ermittlung der aus der diesjährigen Ernte in Russland für die Ausfuhr verfügbaren Roggenmenge von dem Wunsch, angelehnt das flüchtige Ausfuhr des starken Ausfuhrbedarfs Russlands zu verschleiern, beeinflusst zu sein. Es wird nämlich zwar der nach Abzug der Ansahrt verbleibende Ertrag für das europäische Russland mit Einschluß von Polen auf 926,1 Millionen Pud Roggen (1871/2) Millionen Pud mehr, als im Vorjahr) in Ansatz gebracht, nichtbestoweniger aber die auszuführende Roggenmenge nur auf 51,2 Millionen Pud (29,3 Millionen mehr als im Vorjahr), welches die verhältnismäßig geringe Ausfuhr von 22 Millionen Pud zu verzeichnen hatte) veranschlagt. Der Gutachter sucht diese auffällige Verschiebung zu rechtfertigen, indem er ausführt, das günstige Ergebnis der diesjährigen Roggenexporte werde eine starke Zunahme des einheimischen Verbrauchs im Geolge haben, zumal ja die im Jahre 1891 erschöpften Vorratheserträge im Vorjahre erst teilweise wieder ergänzt worden seien. Er rechnet auf einen Verbrauch von 875 Millionen Pud oder 158,2 Millionen Pud mehr als im Vorjahr.

Wir halten diese Veranschlagung des einheimischen Verbrauchs für zu hoch; der Ausfuhrbedarf Russlands für Roggen dürfte wesentlich größer sein als 51,2 Millionen Pud. Die russische Roggenausfuhr hat im Laufe der letzten zehn Jahre im Jahresdurchschnitt 74 Millionen Pud betragen; weshalb soll man nun annehmen, daß sie trotz des günstigen Ausfalls der 1892/3 Ernte während des laufenden Getreidejahres hinter diesem Durchschnitt um 22,8 Millionen Pud zurückbleiben wird.

Den Einheitsbedarf Deutschlands bringt die russische Aufstellung mit 50,6 Millionen Pud Roggen (37 Millionen Pud mehr als im Vorjahr) in Ansatz, indem sie die deutsche Roggenexporte auf 385,8 Millionen Pud (nahezu 99 Millionen weniger als im Vorjahr) veranschlagt. Auch in diesen Schätzungen scheint sich das oben gekennzeichnete Bestreben wiederzu spiegeln; voraussichtlich wird die deutsche Roggenexporte während des Getreidejahres 1893-94 hinter 50,6 Millionen Pud (380.000 Tonne) recht erheblich zurückbleiben.

Das Oberlandesgericht zu Frankfurt a. M. hat den Konturs über das Vermögen des Grafen von Hagenburg — so heißt der ehemalige Fürst zu Saxe-Wittenstein-Saxe, seitdem er auf Fürstentheil, Namen und Besitz verdrängt hat — wieder aufgehoben. Der Kontur war vom Amtsgericht zu Hagenburg in Nassau verhängt worden, auf Antrag der vom Kaiser zur Wahrnehmung der Interessen der Kinder des Grafen ernannten Kuratoren, res Ober-Dorfmeisters Freyberg von Wittbach in Berlin und des Majors Freiherrn von Huene in Freiburg i. B., welche Lage vor der Großjährigkeit des ältesten Sohnes, des Fürsten zu Saxe-Wittenstein-Saxe. Auf die Beschwerde des Grafen hatte bereits das Landgericht zu Weimden die Aufhebung des Konturs angeordnet. Die beiden Kuratoren hatten aber noch die Entscheidung des Oberlandesgerichts anzufragen und dieses hat jetzt sein Urtheil dahin abgegeben, daß weder eine Uebersehung noch eine fällige Forderung glaubhaft gemacht worden sei, es daher an den Voraussetzungen einer Kontureröffnung fehle.

Breslau, 19. Dezember. Der Vorstand des hiesigen Wahlvereins der freisinnigen Volkspartei veröffentlicht folgende Erklärung: „Der Landtagsabgeordnete Synthus Gothein hat nach den Landtagswahlen sich für eine Erhöhung der Biersteuer ausgesprochen. Der Wahlkampf in hiesiger Stadt wurde von den vereinigten freisinnigen Parteien auch unter Parole: „Gegen Erhöhung der Biersteuer!“ geführt. Wir müßten demgemäß glauben, daß Gothein auf diesen Standpunkt siehe. Und auf seine gegenheilliche Ansicht anzukommen, daß derselbe unterlassen. Wir liefern deshalb jede Verantwortung für das Verhalten Gotheins ab und überlassen die weiteren Schritte dem liberalen Wahlverein (freisinnige Vereinigung), der Gothein als Kompromiß-Kandidaten uns präsentiert hat.“

Siedesheim, 17. Dezember. Hier hielt gestern der land- und forstwirtschaftliche Kreisverein Etenwald-Varienburg eine Versammlung ab, in der dem Bunde der Landwirthe von Seiten eines der hervorragenden Landwirthe der hiesigen Gegend eine scharfe Abgabe zu Theil wurde. Vom Vorsitzenden, Landrath Graf v. Borries, wurde die Mittheilung gemacht, daß der in der letzten Versammlung gefaßte Beschluß wegen Erziehung von Landwirtschaftskammern in voriger Woche der Sitzung des Vorstandes des Hauptvereins vorgelegt habe, der indessen die Unterstützung der Erziehung der Landwirtschaftskammern abgelehnt habe, weil er die Organisation der landwirtschaftlichen Vereine für vollständig ausreichend hält zur Vertretung der Interessen der Landwirthe. Der Urheber des Antrages, Rittergutsbesitzer Vitranz zu Liebhausen, bedauerte die ablehnende Haltung des Hauptvereinsvorstandes und wies darauf hin, daß gerade unter den heutigen Verhältnissen die Landwirtschaftskammern als eine wirksame Interessenerorganisation ganz besonders erwünscht wären; denn der Bund der Landwirthe, auf den Anfangs so große Hoffnungen gesetzt seien, habe sich so vollständig unmöglich gemacht durch sein demagogisches Vorgehen, daß man ihm nicht mehr angehören könne. Der Redner hält sich für verpflichtet, öffentlich zu erklären, daß er schon seit mehreren Wochen aus dem Bunde der Landwirthe ausgetreten sei und auch andere Landwirthe seines Bezirkes veranlaßt werde, das Gleiche zu thun. Er will und kann einer Vereinigung nicht mehr angehören, die solche Mittel gebraucht, um sich Geltung zu verschaffen. Das Vorgehen des Bundes der Landwirthe gleiche dem der Sozialdemokratie. Die Landwirthe müßten die Regierung unterstützen und nicht ihr entgegengetreten. Wenn die Regierung erkenne, daß die etwaigen Wünsche der Landwirthe berechtigt seien, so würde sie, das Vertrauen müße man zu ihr haben, diesen Wünschen auch zugänglich sein.

Braunschweig, 19. Dezember. Von drei Mitgliedern des Bezirksvereins Hannovers ist für die am 5. Januar l. Z. stattfindende Gesamtsitzung nachfolgender Antrag eingebracht worden, der in seiner Begründung auch weiteres Interesse hat: „Die Förderung von frischen Bohnen und Erbsen nach Braunschweig auf weißen Fruchtstiefeln mit Personen- und Eigentümern zum Rückschutzfrage vom 15. Juni bis 15. September zu gestatten oder einen Ausnahmetarif dafür einzuführen.“ Der Antrag ist also begründet: Die Erzeugung von Gartenkräutern in der Nähe von Braunschweig bevorzugt immer mehr den Spargel. Eine Mittelernte beträgt für den Morgen zwischen 500 bis 1000 Mark. Eine Fläche von 7000 Morgen wird in unmittelbarer Nähe von Braunschweig mit Spargel bebaut; die Ernte beläuft sich auf 3 bis 4 Millionen Mark im Werthe. Die gesammte Verarbeitung der Braunschweiger Konjessfabriken wird auf 7 bis 10 Millionen Mark geschätzt. Der Spargelanbau verdrängt allmählig den Anbau von Erbsen und Bohnen. Letztere werden indessen am Markt von allen Fabrikanten gefordert. Der Transport von weiter ist nicht möglich, Ertracht zu teuer, Vielerzeit zu lang. Die Konjessfabriken gerathen nach jedem Hagelschlag, der den Anbau der Umgebung vernichtet, in Stockung. Die Preise der Erbsen und Bohnen steigen derart, daß die Fabrikanten zum Stillliegen gezwungen werden. Der Bezug durch Achse findet seine natürliche Grenze. Ein Antrag auf Bewilligung der Erbsenbefreiung zu gewöhnlichem Frachttarif für alle Gemüße hat keine Aussicht auf Erfüllung. Es würde zudem dem Wettbewerb der jungen ausländischen Gemüße damit der Weg geebnet werden. Deselegende erscheint bei dem heutigen Stande der Staatshaushaltsverhältnisse eine weitere Beschränkung in der Zeit geboten. Es wird daher eine Frachtermäßigung für die Zeit vom 15. Juni bis 15. September jedes Jahres als dringend notwendig beantragt.

Aus Thüringen, 19. Dezember. Wie an den Landtag von Schwarzburg-Rudolstadt bereits eine Petition gegen Zulassung des Jesuitenordens ergangen ist, so werden auch an die in den nächsten Wochen und Monaten sich wieder versammelnden Landtage von Weimar, Meiningen und Koburg-Gotha die gleichen Petitionen gerichtet werden. Es ist nämlich das Gerücht verbreitet, daß nach der etwaigen Aufhebung des deutschen Jesuitengesetzes besonders die deutschen Staaten zu Jesuitenmissionen ausgesetzt sein sollen, in welchen die Landesgesetzgebung dem nicht entgegensteht. In diesen Staaten gehören die thätigsten; zu werden bereits Gesa in Sachsen-Weimar und Rudolstadt als solche Orte genannt, wo der Jesuitenorden einzutreten würde. Daß ob solcher Aussichten die evangelische Bevölkerung sehr in Sorge ob ihres künftigen Friedens ist, bedarf wohl keiner besonderen Erklärung. Die Petitionen dagegen, die zunächst von den Zweigvereinen des Evangelischen Bundes ausgehen, stellen das dringende Ersuchen, durch die Landesgesetzgebung die Niederlassungen der Jesuiten und verwandter Orden zu verhindern.

München, 19. Dezember. Der Preuzregent ernannte den Kommerzrath Häfeler in Augsburg zum lebenslänglichen Reichsrath.

### Frankreich.

Die neueste in Paris eingetroffene Post vom Kongo berichtet über die Expedition Brazza's an den Grenzen von Kamerun. Brazza sei am 10. Oktober, als er gerade im Begriff stand, zur Expedition abzugehen, in Brazzaville schwer erkrankt; die beiden Ärzte, welche Tag und Nacht um ihn waren, hegten die Hoffnung, ihn retten zu können, hatten jedoch erklärt, falls es gelänge, Brazza wieder herzustellen, müße derselbe behufs völliger Genesung nach den Kanarischen Inseln gehen.

Die Staatsanwaltschaft und die Polizeipräfectur werden gegenwärtig mit Drohbriefen überhäuft. Am vorgesternigen Tage erhielt der Polizeipräfect allein deren 55, größtentheils anonym, und von den übrigen ist nicht anzunehmen, daß die Schreiber ihre wahren Namen darunter setzten. Gestern sah der Pariser Abgeordnete Georges Berger, des Sonntags froh, in seinem Arbeitskabinett, als das Telephonsignal ertönte, „Sie sind es, Bürger Berger?“ wurde angefragt, und auf die bejahende Antwort des Generalcommissars der letzten Weltausstellung fuhr der Sprecher fort: „So? Sie haben also den Vorbehalt des Ausschusses für die Sprengstoffe geführt? Sie sind ein gemeiner Kerl, und Ihre Sprengstoffe werden Ihnen noch in der Schuazee explodiren!“ Wolyer dieser seine Graß kam, konnte der Pariser Abgeordnete nicht ermitteln.

Die Pariser Blätter, welche während des Spionen-Prozesses vor dem Reichsgericht in Leipzig nur streng sachliche Berichte über die Verhandlungen brachten, treten nunmehr aus ihrer Zurückhaltung heraus. Das Abendblatt „Paris“ entwirft den zwei Franzosen, welche von dem deutschen Gerichte verurtheilt wurden, seinen bewegten und dankbaren Gruß.

„Daß die deutsche Regierung“, fährt es fort, „die Herren Degens (Dubois) und Malabas (Dagnet) verhaften und vor ein Gericht stellen ließ, darf ihr nicht verargt werden, aber ihre Haltung sollte uns als Lehre dienen. Liegt denn der Boypott-Handel so fern? Hat man jenen Militär-Attacbe der Gesandtschaft der Vereinigten Staaten vergessen, welcher seine bevorzugte Stellung bei uns ausnützte, um sich Dokumente zu verschaffen, die aus den Archiven des Kriegsministeriums gestohlen waren, und sie an Deutschland zu verkaufen? Man vergleiche damit den Handel, welcher die Streuge des Leipziger Reichs auf unsere beiden Vandeleute lenkte! Gibt es ein Land, wo in Deutschland besser organisiert ist, als in Deutschland, und kann man irgendwo leichter, freier gehen und kommen, als in Frankreich? Daraus ziehe man den nötigen Schluß! Kaum war das Urtheil gefällt, als Berliner Despatches einen Maßregel der Gnade an die künftigen. Wir wollen hoffen, sie sagen die Wahrheit. Die deutsche Regierung hat gezeigt, daß sie wagt, daß sie ihr Recht; aber es liegt nicht in ihrem Interesse, so rasch die Zeit der Repressalien zu eröffnen.“

Der radikale „Reit Parisien“ tritt heftiger auf. Er erzählt seinen Lesern, was die Deutschen alles thun, um ihre 2000 Kilometer Küsten zu schützen, welche schon durch ihre Vobenbeschäftigkeit und des Winters durch Eis geschützt sind. Da, sie verstehen es, auf ihrer Hut zu sein, die Sieger!

„Und wir, die Besiegten, die Gedemüthigten, die wir erst am Abend der Revanche ruhig werden schlafen können, wir lassen die Thore offen, durch welche uns morgen, allen Mannern unserer benutzten Seeleute zum Trost, der Feind überfallen kann. Wenn Deutsche oder Engländer an unsere Küsten heranschleichen, so wären unsere Grenzschwäzter beinahe versucht, ihnen das Gewehr zu präferiren. Paris ist es sich selbst schuldig, gegen alle Gatteinrichtung zu leben. Das ist wohl wahr. Aber wäre es nicht hohe Zeit, unsere Küsten weniger gastfreundlich zu machen?“

Anderer Zeitungen entflohen sich sogar nicht, mit Repressalien gegen alle in Frankreich lebende Deutsche zu drohen. Denn sie alle seien mehr oder weniger deutsche Spione.

### Italien.

Rom, 19. Dezember. Die morgigen Kammererklärungen Crispi's, die im heutigen Ministerverthe mitgeteilt wurden, werden blinbig und bestimmt die Nothwendigkeit neuer Opfer zur Hebung der moralischen und wirtschaftlichen Lage des Landes betonen. Crispi wird Erparationen in allen Refforts zur Erzielung eines wahren und dauerhaften Budgetausgleichs versprechen und die selbstlose Mitwirkung des Parlaments bei dem patriotischen Werke der Wiedereinrichtung der Nation anrufen. Die auswärtige Politik wird nach ihm in heilsamen Einklang mit den finanziellen und wirtschaftlichen Verhältnissen gebracht werden. Die Vorfagen, deren fortwährende Verarbeitung beantragt wird, betreffen die Aushebung der Klasse 1874, die Vertragung der Zehntenablosung und einiger Bestimmungen des Bankgesetzes.

Rom, 19. Dezember. Das Grafencomitee für die Veranlassung von Festlichkeiten anlässlich des Kardinaljubelums des Papstes begab sich unter Führung seines Ehrenpräsidenten Kardinal Parocchi zum Papste, um denselben zu dem vierzigsten Jahrestage seiner Ernennung zum Kardinal zu beglückwünschen und ihm Geben als Paterfamilias zu überreichen. Der Papst lobte den von dem Comitee für das Gelingen der Festlichkeiten an den Tag gelegten Eifer.

Vaterino, 18. Dezember. Gestern Abend wurde von dem „Arbeiterbund“ in Monreale eine Kundgebung unter den Rufen: „Nieder mit der Stadtverwaltung“, „Nieder mit der Verzehrungssteuer!“ veranstaltet. Nachdem die Manifestanten einige Zollwächter mißhandelt und mehrere Steuerzollwächter in Brand gesteckt hatten, trieben Polizei und Militair die Aufsteher auseinander und nahmen einige Verhaftungen vor. Die Manifestanten befürchteten darauf die Kaserne, um die Verhafteten zu befreien. Um Handgemeine wurden ein Sergeant und zwei Verhafteter leicht verwundet, zwanzig Manifestanten verletzt. Die bewaffnete Macht entpfecht sich des Schießens. Die Verhafteten, deren Zahl 32 beträgt, wurden in der Nacht nach Palermo gebracht. Heute Vormittag wurde die Kundgebung unter Hochrufen auf den König und die Königin und unter dem Ruf: „Nieder mit der Verzehrungssteuer!“ erneuert, aber ohne Kampf zerstreut. Der „Arbeiterbund“ von Villapioppo verband sich mit der Kundgebung von Monreale und verurtheilte die Fahne des Bundes auf dem Balkon der Bürgermeisterei anzuhissen, was dank der persönlichen Dagwischentum von Offizieren und Polizeibeamten verhindert wurde. Nach Monreale wurden Verstärkungen geschickt. Der Bürgermeister von Monreale wurde abgesetzt und vor Gericht gestellt.

### Großbritannien und Irland.

London, 19. Dezember. Unterhaus. Gladstone erklärte, die Regierung könne Hamilton's Antrag nur als Nichtantwort annehmen, sie müsse denselben daher durch die Forderung eines Vertrauensvotums bekämpfen. Darnitend verlange das System unzulasten, wonach die Flottenbedürfnisse dem Unterhause ausschließlich zur Bewilligung vorgelegt werden. Zwar erfordere der Bau großer Schiffe in England 3 Jahre, aber in Frankreich seien dazu 4 1/2 Jahre erforderlich. Außerdem thue die britische Admiralität Schritte zur Beschleunigung des Schiffbaues. Die Mittel Englands zum Bau von Schiffen seien im Vergleich mit denen anderer Nationen außerordentlich groß. Die Forderung Hamilton's, daß die Regierung ihre Absichten bezüglich des Schiffbaues darlege, würde die Verantwortlichkeit für diesen wichtigen Verwaltungszweig von der Regierung auf das Parlament übertragen. Die Regierung halte an dem bisherigen System fest, wonach die Schiffsbaupläne ausschließlich dem Unterhause zu genehmigen sind. In den Zeiten der Noth und Gefahr sei eine Abweichung von der Regel möglich; allein die gegenwärtige Zeit biete keine Noth und Gefahr dar; die Regierung sei mit den Vorbereitungen und Hilfsmitteln für den Bau großer Schiffe nicht nur einer Macht, sondern zwei Mächten weit voraus. Im gegenwärtigen Augenblicke stehe Englands Flotte der vereinten Flotte von Frankreich und Russland nicht nach. England bestitze jetzt 19 Schlachtschiffe erster Klasse, während Frankreich und Russland deren nur 14 haben, von Kriegsschiffen der übrigen Klassen bestitze England eine größere Anzahl als die dreier Mächte zusammen; auch sei nicht außer Acht zu lassen, daß acht Schlachtschiffe in der französischen und russischen Flotte ganz neue alte Holzschiffe seien. England habe gegenwärtig Schlachtschiffe von 57.000 Tonne gegen Schlachtschiffe von 318.000 Tonne Frankreichs und Russlands. In allen Klassen seien die englischen Schiffe größer und mächtiger als die der obenerwähnten Staaten. Angenommen, England begäme in Zukunft keine neuen Schiffe zu bauen, so würden Russland und Frankreich zwar in den Jahren 1897 bis 1898 an Schlachtschiffen acht mehr als England besitzen, allein jene würden sich doch noch in der Unterbeut hinsichtlich des Postgeschäfts der Schiffe befinden. Allein die englische Flotte werde verstärkt werden. Das Marineministerium sei augenblicklich mit der Prüfung von Plänen beschäftigt, die zur Verstärkung der Flotte nötig seien. Dem Hause würden diese Pläne seiner Zeit zur Prüfung vorgelegt werden. Es wäre nicht weise, um die Regierung zu führen, Methoden zu zerstreuen, nach denen Bedürfnisse des Landes allfälligh festgestellt werden. Er hoffe, das Haus werde den Antrag nicht annehmen. (Beifall.)

### Amerika.

Newyork, 9. Dezember. Die Jahresberichte der Departementschefs enthalten mancherlei bemerkenswerthe Einzelheiten. In dem Berichte des

